



## **Rechtsausschuss**

38. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenografin: Cornelia Patzschke

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

1

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (1. Ergänzung)

Vorlagen 13/2420 und 13/2471

Der Ausschuss berät in dieser Sitzung nicht über einzelne Positionen des Haushalts und nimmt das Angebot des Ministers entgegen, sich noch ergebende Fragen einzelner Abgeordneter direkt mit dem Ministerium zu klären.

**2 Aufklärungsquote steigern - DNA-Analyse als erkennungsdienstliche  
Maßnahme der Zukunft begreifen 2**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3623

Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3687

Zuschriften 13/2947, 13/2948, 13/2952, 13/2955, 13/2960, 13/2961,  
13/2963, 13/2971, 13/2972, 13/2973, 13/2979, 13/2980  
und 13/2989

Ausschussprotokoll 13/916

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/4748

- Diskussion

Der Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 13/3623, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Zustimmung der CDU abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der FDP-Fraktion, Drucksache 13/3687, wird mit den Stimmen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Zustimmung der FDP abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 13/4748, wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP und der CDU angenommen.

**3 Rückfall von Sexualstraftätern vermeiden - mit wirksamer sozialtherapeutischer Behandlung von Sexualstraftätern endlich beginnen** 8

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3807

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/3905

Vorlage 13/2335

Der Ausschuss kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt in der übernächsten Sitzung erneut aufzurufen.

**4 Sicherheit durch Budgetierung** 9

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4405

Der Ausschuss kommt überein, diesen Antrag der CDU-Fraktion in der Sitzung am 7. Januar 2004 erneut aufzurufen.

**5 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, zur Verordnung über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz** 10

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 13/4566

Zuschriften 13/3242, 13/3332, 13/3340, 13/3362, 13/3364 und 13/3375

Vorlage 13/2426

Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

**6 Überstunden im Justizvollzug** 10

Vorlage 13/2387

Kurze Erläuterung des Justizministers im Zusammenhang mit Petitionen der Personalräte der JVA'n Köln, Wuppertal, Essen und Rheinbach und der Stellungnahme des Justizministers dazu

- 7 Abschaffung von Gerichtstagen** 11
- Bericht des Ministers
  - Diskussion
- 8 Arbeitsrückstände im Grundbuch beim Amtsgericht Aachen** 19  
**Bericht der Landesregierung**  
In Verbindung damit:
- 9 Verfahrensdauer beim Arbeitsgericht Dortmund**  
**Bericht der Landesregierung**  
Und:
- 10 Rückstände bei der Registrierung von Strafanzeigen in Staatsanwaltschaften** Bericht der Landesregierung
- Bericht des Ministers
  - Diskussion
- 11 Telefonat des rechtspolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Peter Biesenbach, mit dem Richter des Prozesses um den Kölner Müllskandal** 27
- 12 Mögliche Interessenkollision eines Rechtspflegers im Rahmen der Zwangsvollstreckung** 38
- Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen. Vorab oder durch einen einführnden Bericht des Ministers sind die Ausschussmitglieder über die in Rede stehende Angelegenheit zu informieren.
- 13 Video- und DVD-Piraterie**
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die Sitzung im Januar zu verschieben.

- 14 Herbstkonferenz der Justizministerinnen und -minister am 6. November 2003 in Berlin** 39  
Vorlage 13/2416  
- Bericht des Ministers
- 15 Arbeitsfähigkeit und Softwareprobleme der „Mehrländer-Staatsanwaltschaft-Automation“ („Mesta“)** 40  
- Diskussion
- 16 Suizid des mutmaßlichen Doppelmörders Joachim N. in der Haftanstalt Bielefeld-Brackwede am 28. November 2003** 42  
In Verbindung damit:
- 17 Vorkommnisse in der Justizvollzugsanstalt Hamm nach einem Suizid am 28. November 2003**  
- Bericht des Ministers  
- Diskussion
- 18 Bau eines Hochsicherheitsgebäudes auf der Völklinger Straße** 46  
- Bericht des Ministers  
- Diskussion
- 19 Übergriffe gegen Strafvollzugsbedienstete in den Jahren 1997 bis November 2003** 51  
Der Justizminister beziffert die Übergriffe.
- 20 Bescheinigungspraxis von Psychotherapie im Justizvollzug (Schreiben an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses vom 18. Oktober 2003)** 52  
Der Ausschuss kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt in der Sitzung im Januar zu behandeln.

**21 „Zukunft des mittleren Dienstes“**

52

- Bericht des Ministers
- kurze Diskussion
- Bitte von Jan Söffing (FDP), diese Thematik in der nächsten Sitzung des Rechtsausschusses erneut zu behandeln

**22 Verschiedenes**

54

hier: **Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3014

s. Diskussionsteil

\*\*\*\*\*

## Aus der Diskussion

Eingangs fragt **Vorsitzender Dr. Robert Orth** angesichts der sehr umfangreichen Tagesordnung, inwieweit die Antragsteller bereit seien, bestimmte Tagesordnungspunkte auf die nächste Sitzung zu verschieben. Namens der Fraktion der FDP erklärt er, die Punkte 8 bis 10 sollten im Sinne der Zeitersparnis im Zusammenhang beraten werden.

**Frank Sichau (SPD)** bittet namens seiner Fraktion darum, den Punkt „Video- und DVD-Piraterie“ zu verschieben, weil verschiedene Abgeordnete, die an diesem Punkt interessiert seien, andere Termine wahrnehmen müssten.

Der **Ausschuss** kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Video- und DVD-Piraterie“ auf die Sitzung im Januar zu verschieben.

**Minister Wolfgang Gerhards** bietet an, zu den Tagesordnungspunkten 12 sowie 14 bis 20 schriftliche Berichte des Ministeriums vorzulegen. - Dennoch solle über diese Punkte mündlich debattiert werden, so **Vorsitzender Dr. Robert Orth**, weil sonst zu erwarten sei, dass dieselben Punkte für eine spätere Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt würden. - Auf Nachfrage bietet **Peter Biesenbach (CDU)** an, hinsichtlich der von der CDU-Fraktion beantragten Punkte je nach Verlauf der Sitzung flexibel zu entscheiden.

### 1 **Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (1. Ergänzung)

Vorlagen 13/2420 und 13/2471

Nachdem mit der Vorlage 13/2471 die Schwerpunkte des Einzelplans 04 dargelegt worden seien, so **Vorsitzender Dr. Robert Orth**, werde jetzt die so genannte Frage- und Diskussionsrunde durchgeführt. In der Sitzung am 7. Januar könnten die Anträge zum Haushalt gestellt werden, sodass sie das Plenum fristgemäß erreichten. Im Sinne einer guten technischen Vorbereitung bittet er darum, die Anträge dem Ausschussekreteriat rechtzeitig zuzuleiten.

Zur Abkürzung des Verfahrens schlägt **Minister Wolfgang Gerhards** vor, die mittlerweile in den Fraktionen stattfindenden Diskussionen über die Ansätze der Landesregierung zu thematisieren. Auch im letzten Jahr habe es keine dezidierte Beratung aller Einzelpunkte gegeben. Er bietet an, dass bestehende Fragen bilateral mit dem Ministerium geklärt werden könnten.

In Bezug auf die 1.364 kw-Stellen, die aufgrund der Verlängerung der Arbeitszeit ausgerechnet worden seien, fragt **Jan Söffing (FDP)**, wann mit einer Vorlage zu deren Verteilung zu rechnen sei und wann diese Vermerke in 2004/2005 wirksam würden.

**MDgt. Kamp (JM)** antwortet, diese 1.364 kw-Stellen würden auf einer Zeitschiene bis 2008 umgesetzt. Die ersten Tranchen von 66 Stellen im Jahr 2004 und von 126 Stellen im Jahr 2005 seien vergleichsweise niedrig. Insbesondere im Assistenzbereich in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften seien im Anschluss an die Kienbaum-Untersuchung noch kw-Vermerke zu realisieren. Die Verteilung auf die einzelnen Kapitel und Dienste werde gerade vorgenommen und trage diesem Umstand Rechnung. Darüber könne in der Sitzung des Rechtsausschusses im Februar berichtet werden.

**Frank Sichau (SPD)** erklärt, die Vertreter der SPD hätten keine weiteren Fragen, sondern könnten im Januar ihre Anträge stellen. Sie beabsichtigten, die Streichung im Bereich der komplementären Mittel zurückzunehmen, und meinten dafür eine Deckung gefunden zu haben. - Dieser Äußerung schließt sich **Sybille Haußmann (GRÜNE)** an.

## 2 Aufklärungsquote steigern - DNA-Analyse als erkennungsdienstliche Maßnahme der Zukunft begreifen

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3623

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/3687

Zuschriften 13/2947, 13/2948, 13/2952, 13/2955, 13/2960, 13/2961, 13/2963,  
13/2971, 13/2972, 13/2973, 13/2979, 13/2980 und 13/2989

Ausschussprotokoll 13/916

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN  
Drucksache 13/4748

Zum bisherigen Verfahren erläutert **Vorsitzender Dr. Robert Orth**, der hierfür federführende Rechtsausschuss berate seit 20. März 2003 über diese Thematik. Sie sei in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Innenausschuss am 25. Juni 2003 in Form einer Anhörung erörtert worden. Deren Ergebnis liege seit mehreren Monaten vor. In dieser Sitzung sei die abschließende Beratung vorgesehen. Der mitberatende Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform habe in seiner Sitzung am 27. November 2003 aufgrund eines von den Koalitionsfraktionen angekündigten eigenen Ent-